

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Postämter und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis: 10 Pf. — Anschluß Nr. 55.

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Kurt Schacht, Leipzig, Postfach 1000.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 128

Freitag, den 5. Juni 1931

26. Jahrgang

Die Notverordnung fertig

Berlin, 3. Juni. Wie wir erfahren, hat das Reichskabinett, das nach einer kurzen Mittagspause auch den Nachmittag über getagt hat, seine Beratungen über die Notverordnung nunmehr zum Abschluß gebracht. Um 17.30 Uhr empfing der Reichspräsident den Reichskanzler zum Vortrag über die Notverordnung. Die Veröffentlichung ist jedoch, wie bereits gemeldet, nicht vor Ende der Woche zu erwarten.

Ein geschlossenes Programm zur Etatfinanzierung? — Keine gesetzliche Festlegung der 40-Stunden-Woche

Berlin, 3. Juni. Nachdem die Notverordnung nunmehr vom Kabinett fertiggestellt ist und der Reichskanzler seine Unterschrift gegeben hat, liegt die letzte Entscheidung jetzt beim Reichspräsidenten. An amtlichen Stellen wird unter Hinweis darauf, daß man dieser Entscheidung nicht vorgreifen könne, über den Inhalt der Notverordnung naturgemäß strengstes Stillschweigen bewahrt. Ob die Veröffentlichung am Sonnabend oder erst am Montag erfolgen wird, steht noch nicht fest, da die technische Herstellung bei der Schwierigkeit und der Bedeutung der behandelten Materien größte Sorgfalt erfordert. Im ganzen stellt die Notverordnung ein geschlossenes Programm mit dem Zweck der Etatfinanzierung dar. Auch in Kreisen des Reichskabinetts ist man sich durchaus darüber klar, daß die politische Situation bei dieser Verordnung schwieriger ist als bei der vom vorigen Dezember. Das hat seinen Grund vor allem darin, daß jetzt nicht wie damals nur einige wenige Bevölkerungsschichten betroffen werden, sondern daß die Not diesmal Maßnahmen erfordert, die das ganze deutsche Volk betreffen und selbst den Erwerbslosen, Kriegsbeschädigten und Kleintrenten Opfer auferlegen. Die Reichsregierung wird die Notwendigkeit dieser Maßnahmen in der Kundgebung begründen, die gleichzeitig mit der Notverordnung veröffentlicht werden wird. Es handelt sich dabei übrigens nicht, wie in der Presse vermutet wurde, um einen Aufruf des Reichspräsidenten, sondern um eine Erklärung des Reichskabinetts. Sie besteht aus zwei Teilen, von denen der erste die erwähnte Darstellung der gegenwärtigen Situation umfaßt, während der zweite Teil einen Ueberblick über den Inhalt der Notverordnung gibt. Im ganzen besteht die Notverordnung, wie bereits früher gemeldet, aus etwa zwei Duzend Gesetzen, die teils zum Teil allerdings recht kurz sind, jedoch der Umfang der Verordnung doch nicht ganz so groß ist wie der der Dezember-Verordnung. Es ist übrigens anzunehmen, daß die 40-Stunden-Arbeitswoche mit dieser Verordnung nicht gesetzlich festgelegt wird. Hierüber ist heute noch ausführlich beraten worden. Das Kabinett hat die Festlegung aber offenbar aus einer Reihe von Gründen im Augenblick nicht für opportun gehalten.

Die Staffelung der „Krisensteuer“

Die Steuererhöhungen sollen rund 700 Millionen erbringen. Hiervon entfallen auf die Erhöhung der Zuckersteuer etwa 110 Millionen, Mineralölsteuern etwa 75 Millionen, Tabaksteuer etwa 13 Millionen. Den größten Betrag soll die neu eingeführte Krisensteuer mit 440 Millionen erbringen. Sie soll nach zwei verschiedenen Steuertarifen erhoben werden, und zwar

a) als Krisenlohnsteuer von den Lohn- und Gehaltsempfängern (ohne Beamte) und b) als Krisensteuer der Veranlagten und den veranlagten Einkommensteuerpflichtigen.

Die Krisenlohnsteuer beträgt bei Monatseinkommen bis 300 RM 1 v. H., bei Monatseinkommen bis 700 RM 1,5 v. H., bei Monatseinkommen bis 1000 RM 3,5 v. H., bei Monatseinkommen bis 1500 RM 4 v. H., bei Monatseinkommen bis 3000 RM 4,5 v. H., bei Monatseinkommen über 3000 RM 5 v. H. Die Krisensteuer der Veranlagten soll betragen bis 8000 RM Jahreseinkommen 1 v. H., bis 20 000 RM 1,5 v. H., bis 100 000 RM 2 v. H., bis 250 000 RM 2,5 v. H., bis 500 000 RM 3 v. H., bis 1 Million 3,5 v. H., über 1 Million 4 v. H.

Die Sanierung der Sozialversicherung

Die Maßnahmen zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung sehen keine Beitragserhöhungen vor. Man will vielmehr die Sanierung durch innere Reformen erzielen, die Einsparungen im Betrag von etwa 300 Millionen RM ergeben. So sind u. a. vorgesehen eine Verlängerung der Wartezeit, besondere Maßnahmen hinsichtlich der landwirtschaftlichen Saisonarbeiter u. a. m. Sämtliche Leistungen aus der Versicherung werden um 5 v. H. gekürzt. Die Trennung von Krisenfürsorge und Wohlfahrtsfürsorge

bleibt vor der Hand bestehen. Allem Anschein nach soll bei der Krisenfürsorge jedoch in Zukunft der Bedürftigkeitsnachweis erbracht werden, da erwiesenermaßen ein großer Prozentsatz Fürsorgeberechtigter keinen Antrag auf Unterstützung stellt, sondern die Mittelungen der Ämter abwartet. In den übrigen Sozialversicherungen werden Reformen nur in geringem Umfang erfolgen. Bei der Unfallversicherung sollen die kleineren Renten in stärkerem Umfang gänzlich verschwinden.

Letzte Aussprache vor Chequers

Berlin, 3. Juni. Wie wir erfahren, hat heute abend kurz vor der Abreise des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers nach England noch eine Ministerbesprechung stattgefunden, in der die Zusammenkunft mit den englischen Staatsmännern nochmals erörtert wurde. Irdenwelche Beschlüsse waren ganz naturgemäß von dieser Besprechung nicht zu erwarten. Sie beschränkte sich vielmehr auf eine letzte allgemeine Aussprache.

Abreise Brüning's und Curtius' nach London

Berlin, 3. Juni. Reichskanzler Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius sind heute abend 11.30 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Hamburger Zug nach London abgereist. Zur Verabschiedung war auf dem Bahnhof eine Reihe prominenter Persönlichkeiten erschienen, so der englische Botschafter Sir Rumbold mit dem Stab der Botschaft, Reichsminister Trebitzsch, der Staatssekretär der Reichskanzlei, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und Staatssekretär Weismann, der Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung und zahlreiche Vertreter der in- und ausländischen Presse.

Aussetzung der Tributzahlungen

und wehrpolitische Gleichberechtigung — Forderungen des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände

Dresden, 3. Juni. Zu Beginn der heutigen Nachmittags-Sitzung der Reichstagung des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände wurden

zwei Entschliessungen

einstimmig angenommen, die telegraphisch an den Reichskanzler übermittelt wurden. Die erste lautet:

„Unbeschadet der grundsätzlichen Stellungnahme zur Tributlastenpolitik und der verschiedenen Beurteilung des Youngplans stellt die Reichstagung des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände fest, daß die im Youngplan selbst ausgesprochenen wirtschaftlichen Voraussetzungen nicht eingetreten sind. Deutschland erzielt keinen Wirtschaftsoberschuß. Sein derzeitiger Export ist ein Hungerexport, der nur durch Substanzverlust zustande kommt und keinen Gewinn bringt, wie der dauernde Verfall der Wirtschaft zeigt. In den Kongressen ist nichts geschehen, um die übernommenen Verpflichtungen zur Erweiterung der Weltmärkte durchzuführen. Eine Fortsetzung der Tributzahlungen aus neuen Anleihen verschlim-

mert nur die Lage und muß daher unter allen Umständen unterbleiben.

Bei dieser Sachlage muß Deutschland im Interesse seiner immer mehr ins Elend geratenden Gesamtheit, insbesondere auch der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land, wie auch im Interesse seiner privaten Gläubiger die Zahlungen solange aussetzen, bis dem Lebensrecht Deutschlands Genüge geschehen ist.

In einer zweiten Resolution wird für Deutschland die völlige wehrpolitische Gleichberechtigung gefordert. Aber ein Abstützungsvertrag, der diesem Gedanken entspreche, sei für das deutsche Volk annehmbar. Da der Konventionentwurf dieser Forderung nicht gerecht werde, ja sogar die freiwillige Anerkennung Deutschlands als Staat und Volk minderen Rechtes in sich schliesse, sei er keine geeignete Grundlage für die Abrüstungsverhandlungen.

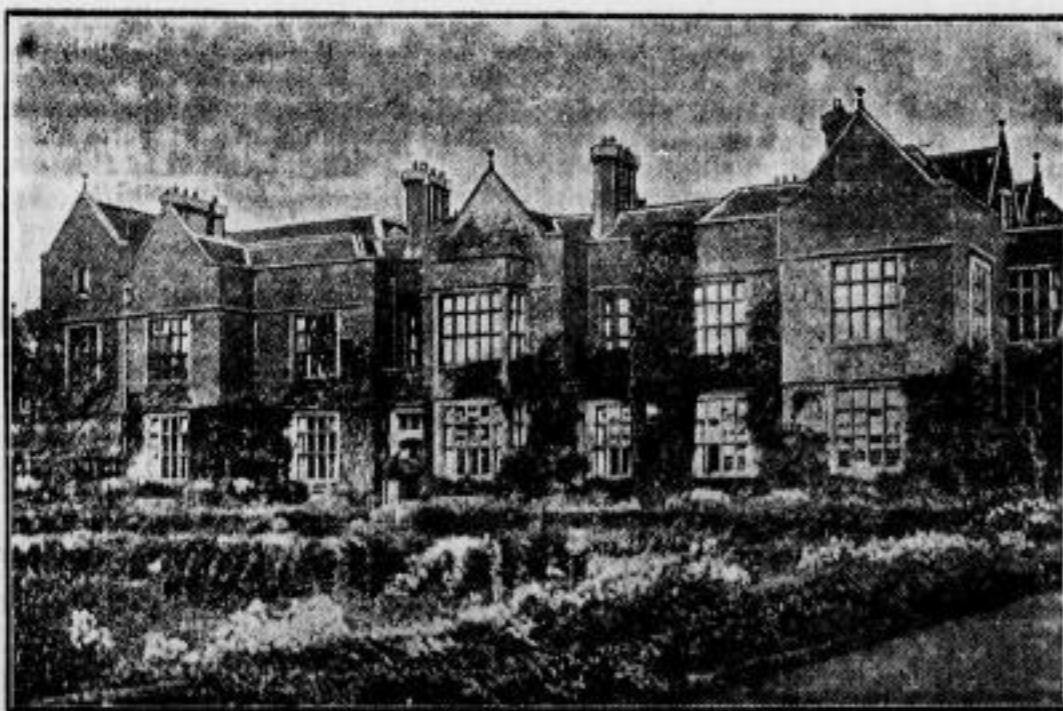
Wir fordern von der Reichsregierung, so läßt die Entschliessung fort, daß sie sich durch nichts, weder durch Drohungen noch durch Beschwichtigungen von unserem Reichstandpunkt abbringen läßt. Das deutsche Volk ist nicht gewillt, den Zustand einseitiger Abrüstung, der Deutschlands Sicherheit gefährdet und seine Ehre verfehlt, länger zu ertragen. Sollten die Verhandlungen auf dieser Basis scheitern, verlangt Deutschland seine Handlungsfreiheit zurück.

Diskussion mit Dr. Schacht

Während der etwa anderthalbstündigen Rede Dr. Schachts, über die wir schon gestern berichten konnten und die von den zahlreichen Zuhörern mit größter Aufmerksamkeit und am Schluß mit hartem Beifall aufgenommen wurde, fanden einige Stellen die besondere Zustimmung der Versammlung, so der Satz: „Wer die deutsch-österreichische Zollunion bekämpft, ohne etwas für Deutschland Gleichwertiges an ihre Stelle zu setzen, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er den Youngplan kassatiere“, weiter die wenig bekannte Interpretation, die Oberst Heuck in einem Wiener Rundfunk vom Oktober 1918 dem Punkt 5 des Wilsonschen Programms über die deutschen Besitztüter an den Kolonien gegeben hat, wonach es zu den berechtigten Ansprüchen Deutschlands gehöre, Zugang zu den Rohstoffen der Tropen- und Siedlungsgebiete für seinen Bevölkerungsüberschuß zu erhalten.

Im Anschluß an die Rede Dr. Schachts entwickelte sich eine lebhafte Diskussion.

Es wurden von einer Reihe von Rednern, darunter insbesondere von Professor Raab-Tharandt, konkrete Anfragen an Dr. Schacht gerichtet, auf die dieser in seinem Schlussworte näher einging. Strittig bleibt demnach die Frage einer Ausweitung der Godwin-Klausel, die in den Youngplan mit Rücksicht darauf nicht aufgenommen worden sei, da sie sich wahrscheinlich auf die Dauer gegen Deutschland ausgewirkt haben würde. Gegenüber Meinungen und Stimmungen, man gelange am besten zu einer Gleicherung der Lage für Deutschland durch Nichterfüllung des Vertrages, erklärte Dr. Schacht mit allem Nachdruck, daß er im Gegenteil durch die deutsche Erfüllung des Vertrages dessen Nicht-



Hierauf sind die Augen der Welt gerichtet

Schloß Chequers, wo Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius Gäste der englischen Regierung sein werden